

17.10.2014

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

In dieser Wahlperiode werden wir mit zwei Gesetzen die Pflege deutlich stärken. Wir wissen: Die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken wird weiter ansteigen. Dafür sorgen wir schon heute vor. Die Verbesserungen des ersten Pflegestärkungsgesetzes treten bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft. Es gibt spürbar mehr Geld. Vorgesehen ist eine Anhebung der Leistungen um vier Prozent. Wir erhöhen die gesamten Ausgaben für Pflege um ein Viertel. Eine solche Steigerung der Leistungen hat es in der Sozialgeschichte noch nicht gegeben.

Echte Betreuung wird möglich. Das bedeutet, dass Angehörige nicht nur beim Waschen und Pflegen entlastet werden. Es wird auch Entlastung durch Betreuung geschaffen. Vor allem ist wichtig, dass die zeitlich befristete vollstationäre Versorgung und die vorübergehende Pflege und Betreuung anstelle der Angehörigen künftig besser kombinierbar sind. Wer ambulante Pflegeleistungen und/oder Pflegegeld bekommt, kann in Zukunft auch Tages- und Nachtpflege voll in Anspruch nehmen. Die Erhöhung der Zahl der Betreuungskräfte wird zu einer spürbaren Entlastung in den Pflegeheimen führen. In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, die Demenz noch stärker berücksichtigen.

Von der zum 1. Januar 2015 geplanten Beitragssatzerhöhung wird ein Drittel, nämlich 1,2 Milliarden Euro jährlich, in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. In diesem soll über zwei Jahrzehnte angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler zu entlasten. Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Praktikum im Bundestag

Ein Jahr lang hat die Langwedelerin Janika Koske, die im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms für junge Berufstätige (PPP), die ich für meinen Wahlkreis nominiert hatte, in den USA verbracht. Etwa zwei Monate nach ihrer Rückkehr in die Heimat macht die junge Langwedelerin nun ein Praktikum im Deutschen Bundestag in meinem Berliner Büro. Ziel dieses Praktikums soll eine nahtlose Anknüpfung an das abgeschlossene Austauschjahr sein, um Vergleiche zwischen den politischen Systemen aufzustellen, beide Seiten intensiv verstehen zu können und damit zur internationalen Zusammenarbeit beizutragen. In ihrer vierwöchigen Aufenthaltszeit lernt Janika die täglichen Aufgaben meines Abgeordnetenbüros sowie die Funktionsweisen der unterschiedlichen staatlichen Einrichtungen kennen und rundet damit ihr Austauschprogramm mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm in der deutschen Hauptstadt ab. Vor einigen Tagen konnte ich ihr dann sogar unsere Bundeskanzlerin, Angela Merkel vorstellen, mit der wir ein tolles Erinnerungsfoto gemacht haben.



Internationale Lage ernst nehmen, aber nicht dramatisieren

Wir leben in bewegten und schwierigen Zeiten. Viele Menschen sind nicht nur wegen der Ereignisse in Nahost und der Ukraine beunruhigt, sondern auch durch die Ebola-Epidemie in Westafrika. Der unglaublich unmenschliche Terror des sogenannten Islamischen Staates nimmt kein Ende, der Konflikt in der Ukraine scheint nur eingefroren und die Ausbreitung der Ebola-Viren ist in der globalen Welt schwer einzugrenzen. Neben der Sorge, selbst von Terror oder Krankheit betroffen zu sein, ist auch und gerade in Deutschland das Mitleid groß und die Sorge um die Opfer sehr ausgeprägt. So ist es beeindruckend, wie viele Freiwillige sich für einen Ebola-Einsatz in Westafrika gemeldet haben. In Europa nimmt Deutschland die meisten Flüchtlinge aus Syrien auf und ist das führende europäische Geberland, was die Versorgung der Flüchtlinge und Notleidenden vor Ort angeht. Unsere humanitären Hilfen können sich sehen lassen und kommen bei den Menschen in der Ukraine, in Syrien und im Irak an. Und wir unterstützen die Kämpfer, die sich den menschenfeindlichen IS-Milizen entgegenstellen. Krisenzeiten sind Gelegenheiten nicht nur mit Worten, sondern mit Taten zu beweisen, was die eige-

nen Überzeugungen wert sind. Wir stellen uns den Herausforderungen der Welt, weltweit und zu Hause. Noch deutlicher als je zuvor erteilen wir Radikalismus und Gewalt in und aus Deutschland eine klare Abfuhr. Deutschland ist eine wehrhafte Demokratie. Toleranz und Weltoffenheit sollte niemand als Schwäche missverstehen. Die Fraktion bringt sich aktiv mit Vorschlägen gegen die Wiedereinreise von IS-Anhängern ein, will durch Ausreiseperrnen den Export von Terrorismus unterbinden und hat darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit erarbeitet. Das gilt auch für die Wirtschaft. Wir sehen, dass sich die konjunkturellen Aussichten eintrüben - nicht wegen der Beschlüsse, die die Koalition umgesetzt hat, sondern vor allem wegen der unsicheren Lage in der Weltpolitik. Natürlich bleiben Sanktionen nicht ohne Folgen für unsere exportorientierte Wirtschaft. Die Sanktionen gegen Russland sind politisch gewollt wegen dessen völkerrechtswidrigen Vorgehens auf der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine. Sie sind eine klare Antwort der EU und haben natürlich auch Auswirkungen.

RWE Dea Verkauf im Bundestag

Der anvisierte Verkauf der RWE Dea an einen russischen Oligarchen bereitet mir immer noch Sorgen, weshalb ich unsere Bundesregierung diese Woche in der Fragestunde des Bundestages dazu befragt habe. Zu den bislang unbestätigten Berichten über ein mögliches Veto der britischen Regierung zu dem geplanten Verkauf konnte die Staatssekretärin des Bundeswirtschaftsministeriums, Iris Gleicke jedoch keine aktuelleren Informationen geben, da sich die britische Botschaft dazu noch nicht öffentlich geäußert hat. Laut Staatssekretärin Gleicke ist die Bundesregierung aber in Kontakt mit der Botschaft und den zuständigen Behörden. Ich hoffe, dass ein Verkauf noch gestoppt werden kann, indem die Briten oder ein anderes Land ein Veto einlegen, denn bisher hat sich die RWE Dea bei Themen wie austretendes Benzol, Erdbeben und

Verpressung von Lagerstättenwasser nicht sonderlich kooperativ verhalten. Ich befürchte, dass das unter Führung eines russischen Oligarchen nur schlimmer werden wird. Aus diesem Grund kann ich die Haltung der Bundesregierung nicht nachvollziehen. Die Unbedenklichkeitsbescheinigung hätte nach meinem Dafürhalten nicht erteilt werden dürfen. Gerade vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit und den Sanktionen gegenüber Russland halte ich es für falsch, dass Deutschland kein Veto eingelegt hat. Ich befürchte, dass Russland die Energiepolitik zukünftig zunehmend als Druckmittel gegenüber der Bundesrepublik Deutschland nutzen könnte, wenn sich der Konflikt mit Russland verschärft.

60 Jahre Kindergeld

Am 14. Oktober 1954 wurde auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion vom Deutschen Bundestag das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen beschlossen, während Entwürfe von SPD und FDP verworfen wurden. Familien erhielten so für das dritte und jedes weitere Kind monatlich 25 DM.

Von 1961 an bekamen Familien auch für das zweite Kind eine Leistung, seit 1975 wird Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt.

Die bedeutendste Erhöhung des Kindergelds wurde im Jahr 1996 im Zusammenhang mit der Berücksichtigung des steuerlichen Existenzminimums von der christlich-liberalen Regierungskoalition beschlossen: Der Betrag für das erste Kind wurde von 70 auf 200 DM angehoben, für das zweite von 130 auf 200 DM und für das dritte von 220 auf 300 DM.

Die jährlichen Ausgaben für das Kindergeld lagen vor 1996 bei umgerechnet etwa 9 Milliarden Euro für insgesamt 14 Millionen Kinder und stiegen im Zuge der Reform auf rund 20 Milliarden Euro an.

Im Jahr 2012 wurden rund 34 Milliarden Euro für insgesamt 14,5 Millionen Kinder gezahlt.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range